Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 5

Rubrik: Zur Diskussion

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nimmt in- und ausländische Inkassoaufträge für Waren und Transportscheine, Schecks aller Art, usw. Sie ist berechtigt, Geldüberweisungen nach dem In- und Ausland zu unternehmen sowie ausländische Kredite aufzunehmen. bzw. nach dem Ausland zu gewähren.

● Die Aussenhandelsbank kauft und verkauft im Auftrag der Staatsbank Valuten, Schecks, Akkreditive, Aktien, Obligationen, usw. Sie hat auch das Recht, mit Gold, Silber oder anderen wertvollen Metallen zu handeln.

● In Zusammenhang mit den fälligen oder ausgefallenen Zahlungen kann die Aussenhandelsbank Zwangsbetreibungen auf die in der Bank befindlichen Mittel oder Waren des Schuldners einleiten.

Die Aussenhandelsbank ist eine Aktiengesellschaft, mit einem Aktienkapital von 300 Millionen Rubel, das auf 6000 Aktien mit einem Nominalwert von je 50 000 Rubel aufgeteilt ist. Es handelt sich um Namensaktien, die sich im Besitze sowjetischer Organisationen, Institutionen, Genossenschaften befinden. Jede Aktie gewährt den Aktionären eine Stimme an der Generalversammlung.

Die Verwaltungsorgane der Bank sind:

a) die Generalversammlung der Aktionäre;

b) der Bankrat;

c) der Verwaltungsrat;

d) die Revisionskommission.

Der **Bankrat** besteht aus 17 für die Dauer von drei Jahren gewählten Personen. Dem **Verwaltungsrat** gehören 7 Mitglieder an, mit einer ebenfalls dreijährigen Amtsdauer.

Die **Revisionskommission** umfasst 5 Personen mit einem dreijährigen Mandat.

Die Aussenhandelsbank ist eine selbständige juristische Person, die nur für ihre eigenen Verpflichtungen, nicht aber für jene des Staates haftet, ebenso wie auch dieser für die Gestionen der Bank keine Verantwortung trägt.

Bankgeheimnis und Dividenden

Laut Statuten garantiert die Bank für das Geheimnis der Operationen, der Verrechnungen und Einlagen ihrer Klienten. Alle Beamten und Würdenträger der Bank sind verpflichtet, dieses Geheimnis zu wahren.

Vom Reingewinn müssen mindestens 50 Prozent für das Reservekapital und die speziellen Fonds abgezweigt werden. Der Rest wird auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung unter den Aktionären verteilt, mit anderen Worten: die kommunistische Bank schüttet Dividenden aus.

Wie aus den Statuten ersichtlich ist, soll die Aussenhandelsbank vor allem den Westhandel der Sowjetunion fördern. Deshalb wählte man auch die Form einer Aktiengesellschaft um schon mit ihrer äusseren Erscheinung auf die «Kapitalisten» beruhigend zu wirken. Für den eigenen Gebrauch dagegen wird die Aktiengesellschaft als solche auch weiterhin verurteilt und im «Oekonomischen Wörterbuch» der Sowjetunion als «eine Herrschaftsform des Monopolkapitals» gebrandmarkt. Deshalb darf man aus der Tatsache, dass in der UdSSR nun Aktiengesellschaften gegründet werden, noch nicht schliessen, dass sich die sowjetische Wirtschaft damit in Richtung der westlichen Institutionen entwickeln würde. Solche Aktiengesellschaften gab es bereits zur Zeit der Neuen Oekonomischen Politik (1921/28), die ebenfalls aus bestimmten Zwecken zugelassen wurden: «Sie dienten vorwiegend dazu, das aus- und inländische Privatkapital unter der Kontrolle des Staates für den Wiederaufbau und die Weiterentwicklung der Volkswirtschaft des Landes auszunutzen», erklärt das bereits zitierte Oekonomische Wörterbuch. Nachdem sie diese Aufgabe erfüllt hatten, wurden sie kurzerhand verstaatlicht.

Das gleiche kann auch über die Dividenden gesagt werden, die im krassen Widerspruch zu der marxistisch-leninistischen Theorie stehen, da jene die Dividenden als «typischen Fall der Gewinnerzielung ohne persönliche Arbeit in der kapitalistischen Wirtschaft» (Lexikon der DDR, Leipzig 1958) bezeichnet und verurteilt.

Bemerkenswert ist ferner, dass soeben in ihren Statuten eine sowjetische Bank die Wahrung jenes Bankgeheimnisses ausgesprochen hat, das von ihr selbst in verschiedenen Publikationen wiederholt kritisiert wurde. In Anbetracht der unbeschränkten Parteidiktatur kann diese Geheimhaltung nicht besonders ernst genommen werden. Es wäre interessant zu erfahren, wie viel Klienten diese Gelegenheit der Geheimhaltung schon beansprucht haben.

Comecon-Bank

Abschliessend soll auch noch die in Moskau befindliche Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit erwähnt werden, die am 1. Januar 1964, mit einem Stammkapital von 300 Millionen Transferrubel, ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Dieses Kapital haben die Mitgliedstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe aufgebracht, deren Vertreter folglich auch in den verschiedenen Organen der Bank eine angemessene Rolle spielen. Sie soll mit Hilfe des zur gleichen Zeit geschaffenen transferablen Rubel den multilateralen Clearingverkehr der Mitgliedstaaten fördern und gleichzeitig auch verschiedene Bankgeschäfte mit dem Westen abwickeln. Wie aus den verschiedenen östlichen Presseberichten hervorgeht, hat sich diese neue Bank nicht besonders bewährt, vor allem was die multilateralen Verrechnungen betrifft.

Auch der Transferrubel hatte keine besondere Anziehungskraft, da die einzelnen Staaten für die harten Valuten der westlichen Länder viel mehr Interesse zeigen. Die Polen versuchten, die Bank zu aktivieren, indem sie die Verrechnungen sukzessive auf Goldzahlungen umlegen wollten. Dieser Vorschlag wurde aber von Moskau glatt abgewiesen, da die Sowjets kein Interesse daran haben, dass die in ihren Wirtschaftbereich eingeschlossenen Staaten über zu viel Gold oder frei konvertierbare Devisen verfügen, um damit Westhandel zu treiben. ■

Briefe

«Gegenseitigkeit bitte!»

(siehe KB, Nr. 4)

Erlauben Sie mir, einige Bemerkungen zu Ihren Ausführungen über die beabsichtigte sowjetische Bankgründung in der Schweiz zu machen.

Sie führen als scheinbar offiziöse Begründung für die beabsichtigte Bankgründung an:

1. Die Absicht, Goldverkäufe abzuwickeln

Die Presse berichtete 1965 mehrfach über Goldverkäufe über Zürich nach London. Es wurde nicht gesagt, dass es sich hierbei um Sowjetverkäufe handelte, doch liegt es nahe, an solche zu denken. Ein regelmässiges Geschäft hat sich aus diesen Goldverkäufen aber nicht entwickelt. Der Grund dafür mag in der Belastung der Verkäufe durch schweizerische Kosten und Spesen liegen, die bei Verkäufen durch die eigene Sowjetbank nicht entstehen. Es sind keine Meldungen über Restriktionen für Verkäufe von Sowjetgold über Paris bekanntgeworden. Ein plausibler Grund für die Gründung einer eigenen schweizerischen Bank für Goldverkäufe liegt also nicht vor.

2. Die Absicht, den Osthandel mit Kredithilfen zu erleichtern.

Der schweizerische Osthandel hat gegenwärtig ein so kleines Volumen, dass eine eigene Bankgründung gar nicht gerechtfertigt wäre; allerdings müsste damit gerechnet werden, dass eine wirksame Kredithilfe aus anderen Ländern sehr grosse Transitgeschäfte anziehen würde. Dann müssten für die Kredithilfen zwei Kreditquellen herangezogen werden: sei es schweizerisches Sparkapital, oder in der Schweiz domiziliertes Fremdkapital. Die Sowjets müssen damit rechnen, dass bei Inanspruchnahme dieser beiden Quellen folgende Argumente an die Oeffentlichkeit gebracht werden: die Sowjets haben die Anleihen der seinerzeitigen Zarenregierungen nicht honoriert; die Sowjets haben die Auslandschweizer für die Enteignung ihres russischen Vermögens nicht entschädigt; die Sowjets haben bis heute mit den USA kein befriedigendes Arrangement bezüglich der amerikanischen Kredite an die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges getroffen. Diese drei wirtschaftlichen Argumente — von ideologischen, wie «Weltrevolution noch immer im Programm» abgesehen — machen die Kreditwürdigkeit der Sowjets suspekt. Eine Bankgründung zum Zweck, Kredithilfen zu erhalten, hat also keine Grundlage.

Sie halten es für möglich, dass die Bankgründung den Hintergrund haben könnte

3. Vom Bankgeheimnis zu profitieren.

Es ist nicht bekannt, dass irgendein westeuropäisches Land mit freiem Devisenverkehr — mit Ausnahme der Schweiz — die

CHENG CHENG

Agrarreform in Taiwan

Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen von Joachim v. Kruse
Beiheft zur ORIENTIERUNG, 122 Seiten DIN A 5, broschiert, Fr. 2.50

Die im vorliegenden Buch von ihrem Schöpfer und verantwortlichen Leiter Cheng Cheng, bis 1963 nationalchinesischer Ministerpräsident, dargestellte Agrarreform hat in Taiwan eine Aufgabe erfüllt, deren Lösung auch in zahlreichen anderen Entwicklungsländern zur Ueberwindung von Rückständigkeit und Armut unerlässlich ist.

Taiwan, mit 317 Einwohnern je qkm eines der am dichtesten bevölkerten Länder der Erde, mit 12,1 Millionen Einwohnern, gilt heute im asiatischen Raum in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht als «Musterland». Das hier gegebene Beispiel einer im bewussten Gegensatz zur Agrarrevolution auf dem chinesischen Festland mit friedlichen Mitteln durchgeführten und auf Schaffung bäuerlichen Eigenbesitzes abzielenden Bodenreform ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Dem Leitbild der im kommunistischen China verwirklichten Agrarrevolution, deren Endziel die Vernichtung des bäuerlichen Eigentums und die Kollektivierung ist, steht heute das nationalchinesische Leitbild einer in ihren Zielen diametral entgegengesetzten Reform der überkommenen Agrarstruktur gegenüber. So wenig eine schematische Uebernahme dieser spezifischen Situation einer erfolgreichen Agrarreform empfehlenswert wäre, so sehr verdient doch das mit ihr gegebene Beispiel allgemeine Beachtung. Das in Europa bisher weitgehend unbekannt gebliebene Reformwerk der Nationalchinesen in Taiwan wird auch hier der künftigen Entwicklungspolitik wertvolle Anregungen geben können.

ILMGAU-VERLAG 8068 Pfaffenhofen/Ilm, Oberbayern
(Bundesrepublik Deutschland)

Annahme von Sowjeteinlagen refüsiert. Eine sowjetische Zentralstelle könnte also mit Dutzenden von europäischen Konten manipulieren, ohne dass irgendeine Landesregierung feststellen könnte, welchem Verwendungszweck die Guthaben der Sowjets zugeführt werden.

Abgesehen von materiellen Schwierigkeiten ist die Nutzniessung des schweizerischen Bankgeheimnisses also kein genügender Grund für eine Bankgründung in der Schweiz.

Es sei erlaubt, als Arbeitshypothese eine weitere mögliche Begründung für die Errichtung einer Sowjetbank in der Schweiz zu analysieren:

4. Westkredite werden gesucht!

Die kommunistische Landwirtschaft ist nicht in der Lage, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Massive Getreidekäufe des Ostens im Westen sind eine Erscheinung, die im Westen gar nicht mehr als Sensation empfunden werden. Und doch sind diese Getreidekäufe folgenschwer: Der Osten muss — wenn er seine letzten Gold- und Devisenreserven nicht opfert und dadurch in eine gefährliche Abhängigkeit vom Westen geraten will — versuchen, in der landwirtschaftlichen Produktion autark zu werden, d. h. sehr grosse Investitionen auf Kosten der Industrie zu machen oder auswärts Kredite zu suchen.

Das internationale Kreditgeschäft hat in der letzten Zeit folgende Entwicklung genommen: bis Anfang der sechziger Jahre waren die USA die Bankiers für die ganze freie Welt. Eigene Zahlungsbilanzschwierigkeiten brachten das amerikanische Anleihegeschäft für ausländische Kreditnehmer zum Erliegen. Sehr zaghaft bildete sich ein neues Kreditzentrum in Luxemburg/Belgien, das sich bemühte, europäische, aber auch japanische Anleihen auf dem ganzen europäischen Kontinent zu plazieren. Wie weit sich schweizerische Banken an diesen Operationen beteiligt haben, ist nicht bekannt geworden. Eine offizielle Schweizer Beteiligung wurde nur bei ein, zwei Anleihen gemeldet.

Die supponierte Annahme, dass die Sowjets über drei Finanzzentren (London, Paris und Schweiz) versuchen werden, den Boden für eigene Anleihen vorzubereiten, ist also nicht begründet. Wie die Dinge heute liegen, müsste man eher Kontakte in Luxemburg oder Belgien suchen.

Das Ergebnis dieser Analyse wäre: Die Sowjetdemarche zur Gründung einer Sowjetbank in der Schweiz, ist wahrscheinlich nur als Versuchsballon zu werten, wie der Westen reagiert. Man kann sagen, dass es von den Sowjets nicht ungeschickt ist, diesen Test ausgerechnet in der Schweiz zu machen, die heute — ob zu recht oder unrecht — immer noch den Ruf eines internationalen Finanzzentrums hat. *W. H.*

Der Buchtip

Anton Buzek: «Die kommunistische Presse». Verlag Huber & Co., Frauenfeld, 1965.

Der Verfasser war bis 1959 ein höherer Beamter der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur. Seine Untersuchung stützt sich nicht nur auf intensives Quellenstudium, sondern auch auf eigene Erfahrungen.

Wenn die Einleitung der Rolle der Presse als politisches Instrument, dem Verhältnis von Ideologie und Propaganda sowie organisatorischen und inhaltlichen Strukturfragen gewidmet ist, so beschäftigt sich der Hauptteil des Buches mit der Arbeitsweise der kommunistischen Presse in der Praxis. Hier sind die Beispiele interessant. Als 1962 U Thant das sowjetische Verhalten in der Kongokrise kritisierte, wurden den sowjetischen Lesern nicht seine Ausführungen insgesamt, wohl aber die betreffende Stelle vorenthalten. So hat überhaupt in der Berichterstattung die einseitige Auswahl und Korrektur Vorrang vor der direkten Fälschung. Die Methode «Nichtpassendes streichen» lässt sich übrigens bis in die jüngste Aktualität (etwa das kürzliche Flugzeugunglück von Moskau) verfolgen. Aber die Hintanstellung der Information ist ein generelles Kennzeichen dieser Presse. Die Fakten haben sich dem programmatischen Weltbild unterzuordnen. Das starke Ueberwiegen von Erklärungen, Anweisungen und Belehrungen lässt ein Klebebild der Realität entstehen, das den Tatsachen nur streckenweise entspricht.

Wie sieht das Lenkungssystem aus, das diese Collage in der gewünschten Mischung zuwege bringt? Das direkte Eingreifen der Zensur ist hier von untergeordneter Bedeutung. Viel wichtiger ist die Parteikontrolle schon durch die Anlage. Die KP bewilligt und finanziert die Presse, sie weist Maschinen, Papier und Räumlichkeiten zu, sie ernennt die Redaktoren und bestimmt die Mitarbeiter. Inhaltlich überwacht sie die Einhaltung der Direktiven, was in der Praxis einen gewissen Spielraum ermöglicht, aber Abweichungen von grösserem Ausmass verhindert. Jedenfalls kann sich in der kommunistischen Presse keine echte Opposition mitteilen, angeblich weil sie nicht besteht, in Wirklichkeit weil sie das System gefährden müsste. Als Sicherheitsventil dient die gelekte Kritik und Selbstkritik. Auch diese Institution enthält ansatzweise potentielle Möglichkeiten zur Systemgefährdung, weshalb der geduldete Spielraum immer ein wichtiges Indiz für die Handhabung des Systems darstellt.

Der Verfasser kann auf Kräfte hinweisen, die den gestatteten freiheitlichen Spielraum andauernd auszuweiten suchen. Sehr häufig spielt sich das in der Form eines Kampfes von lebendiger, aktueller und kurzweiliger Gestaltung ab. Erfolge sind seit Ende der fünfziger Jahre zu verzeichnen. Die Lenkungsschraube wurde gelockert, der Umbruch moderner, die Informationsgeschwindigkeit erhöht. Doch das sind vorläufig gradmässige Unterschiede, und gerade der härtere Kurs zu Beginn dieses Jahres beweist, dass die Lenkung der Presse im Wesen erhalten geblieben ist. *sg*